

Betreff: Früherer Kohleausstieg

Antragsteller:innen:

Edith Bartelmus-Scholich, Delegierte KV Krefeld; Patrick Gawliczek, Delegierter KV Herne; Patrick Haas, Delegierter KV Rhein-Sieg; Thomas Hovestadt, Delegierter LAG Sanktionsfreie Mindestsicherung; Jürgen Senge, Delegierter KV Ennepe-Ruhr; Ulrich Thoden, Delegierter KV Münster.

Der Antrag wird unterstützt von:

Judith Serwaty, Mitglied Landesvorstand NRW; Helmut Born, Ratsmitglied Linksfraktion Düsseldorf; Zeki Gökhan, KV Rhein-Erft; Sigrid Lehmann, Ratsmitglied Linksfraktion Düsseldorf; Wolf Serwaty, KV Rhein-Sieg.

Antrag:

Der Landesparteitag möge beschließen:

DIE LINKE. NRW sieht mit großer Sorge die sich zuspitzende Klimakatastrophe. Bisherige Worst-Case-Szenarien werden bestätigt, teilweise leider sogar übertroffen. DIE LINKE. NRW sieht den dringenden Bedarf zur weiteren Reduzierung klimaschädlicher Emissionen und spricht sich für eine weitere deutliche Reduzierung der Förderung und Verstromung fossiler Energieträger aus.

Der derzeit geplante Kohleausstieg 2030 bedeutet gerade auch in unserem Bundesland mit dem Rheinischen Braunkohlerevier de facto in den nächsten Jahren die Erzeugung vieler Millionen Tonnen CO₂. Der Kohleausstieg 2030 wie auch der zukünftige Energiebedarf müssen in Anbetracht der sich zuspitzenden Klimakatastrophe von der Landesregierung kurzfristig erneut genau überprüft werden:

dafür soll die Landesregierung neutrale wissenschaftliche Einrichtungen und Institute mit der kurzfristigen Überprüfung beauftragen.

Die Priorität bei der Überprüfung muss dabei neben Versorgungssicherheit und weiterem Verzicht auf Atomenergie der möglichst geringe fossile Anteil an der Energieerzeugung und die bevorzugte Nutzung regenerativer Energien haben.

Landes- wie auch Bundesregierung sollen kurzfristig aus den Ergebnissen dieser Überprüfung rechtlich bindende Auflagen erarbeiten für Strombörsen und Energieunternehmen, im täglichen Betrieb die Verfeuerung fossiler Energieträger und die Erzeugung klimaschädlicher Emissionen so gering wie möglich zu halten sowie den Umstieg auf erneuerbare Energien so schnell wie möglich durchzuführen!

DIE LINKE. NRW fordert, den Kohleausstieg bereits deutlich vor 2030 zu vollziehen, um klimaschädliche Emissionen weitestgehend zu vermeiden. Das muss aufgrund der sich zuspitzenden Klimakatastrophe energiepolitisch höchste Priorität haben!

Zielsetzung soll sein, die Energieerzeugung zu vergesellschaften und ökologisch auszurichten, statt die Zukunft der Menschheit der Profitmaximierung von Großkonzernen und der Gewinnsteigerung von Großaktionär:innen zu opfern.

Gleichzeitig fordern wir eine Weiterbeschäftigung aller Beschäftigter in den Kraftwerken und in den Braunkohlerevieren. Durch den Umbau auf Erneuerbare Energien entstehen neue Arbeitsplätze, die

zuallererst den Beschäftigten aus den Kraftwerken und Revieren angeboten werden. Eine entsprechende Weiterbildung und/oder Qualifizierung wird über die Arbeitgeber finanziert. Hierbei sind die Wünsche der Beschäftigten zu berücksichtigen und das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte einzuhalten.

Begründung:

Die letzten Monate zeigen,

-) dass worst-case-Annahmen für Erderhitzung und Klimafolgen sich bestätigen,
-) dass Oberflächentemperaturen sehr stark ansteigen,
-) dass Gletscher bedrohlich schnell schmelzen,
-) und dass die Häufigkeit von Extremwetterereignissen deutlich zunimmt.

Die derzeit weit über 2030 hinaus bis auf 2033 angelegte sogenannte Kohlereserve erweist sich in der Praxis offenbar zunehmend als eine Begründung, ungebremst weiter fossile Brennstoffe zu produzieren. Große Flächen werden vorbereitet zur weiteren Förderung von Braunkohle, jedoch gleichzeitig zeigt sich in den letzten Monaten zunehmend, dass der nutzbare Anteil an regenerativen Energien bereits heute einen großen Anteil unseres Energiebedarfs decken kann!

Auch erscheinen Zweifel an der derzeitigen Praxis zunehmend angebracht, beispielsweise dass man die Betriebsphasen der Kohlekraftwerke - bei all ihrer bekannten relativen Trägheit - und damit die klimaschädlichen Emissionen noch stärker verringern kann, ohne die Energiesicherheit zu gefährden. Auch muss von Seiten der Landesregierung wie auch der Bundesregierung viel stärker regulativer Einfluss genommen werden auf Marktinstrumente wie Strombörsen, denn es kann nicht sein, dass die Erzeugung regenerativer Energie (zugunsten der Stromerzeugung durch fossile Kraftwerke) zeitweilig gedrosselt oder sogar gestoppt wird, weil die sonst vorliegende höhere regenerative Energiemenge für deren Erzeugende eine Senkung der erzielbaren Strompreise zur Folge hätte.

Die Landesregierung muss mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln die Verfeuerung fossiler Energieträger noch weiter limitieren, um die Klimakatastrophe zu begrenzen und Klimagerechtigkeit sicherzustellen.